

## 24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



### Resolution

#### *Europa der BürgerInnen*

Am 7. Juni 2009 wird in Deutschland ein neues Europäisches Parlament gewählt. Diese Wahl fällt zusammen mit der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt, die an diesem Tag in vielen Städten und Gemeinden stattfindet. Europapolitik und die Politik in den Kommunen vor Ort sind kein Widerspruch sondern ergänzen sich gegenseitig. Dies gilt auch und besonders für die Bekämpfung des Klimawandels. Das Motto „Global denken und lokal handeln“ bedeutet konkret, dass die europäische Gesetzgebung in den einzelnen Kommunen praktisch umgesetzt werden muss.

#### **Mehr Klimaschutz**

Wir fordern, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis 2020 mindestens 30% der CO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb ihrer Grenzen reduzieren. Darüber hinaus wollen wir die Schaffung einer **Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien**, um die Nutzung dieser Zukunftsenergieform zusätzlich zu befördern.

Wir fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalt auf, sich nachhaltig für den Klimaschutz in Europa einzusetzen und in Sachsen-Anhalt damit anzufangen. Zurzeit werden in Sachsen-Anhalt energiebedingt rund 11 Tonnen Kohlendioxid pro Kopf ausgestoßen - das ist mehr als der Bundesdurchschnitt. Es ist ein Unding, dass die Landesregierung in ihrem Energiekonzept noch immer vorrangig auf Braunkohle setzt, einem der klimafeindlichsten aller Energieträger.

Wir fordern die Landesregierung auf, im Rahmen des Emissionshandels Fördermaßnahmen für Projekte von Firmen in Sachsen-Anhalt zu entwickeln, damit außerhalb der Europäischen Union CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale besser genutzt werden können. Firmen aus Sachsen-Anhalt können so die Klimaschutzanstrengungen von Nicht-EU-Staaten technologisch und finanziell unterstützen.

Die hohen Energiepreise sind eine zusätzliche Chance für eine energische Klimapolitik – denn sie zwingen auch aus ökonomischen Gründen zum Handeln. Die Kommunen in Sachsen-Anhalt müssen Vorbild sein und Anreize setzen, die umweltfreundliches Verhalten fördern. Darüber hinaus fordern wir in unseren Städten und Gemeinden eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren Energien, die Ausschöpfung aller Energiesparpotenziale, den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und die Förderung des Radverkehrs.

## **24. Landesparteitag**

25. Oktober 2008 in Köthen



### **Mehr Mitwirkung**

Förderprogramme zum Klimaschutz sind ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Sie schützen die Umwelt, fördern die Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze. Parallel dazu dienen sie unserer Versorgung mit sauberem Strom. Das „Fraunhofer Center für Silizium-Photovoltaik CSP Halle“ ist zum Beispiel durch die Bundesregierung im September 2008 zum Spitzencluster ernannt worden. Es erhielt im Februar 2008 vom Land Sachsen-Anhalt eine Forschungsförderung in Höhe von 52,5 Millionen Euro. Davon stammen 45 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Die europäische Förderpolitik in Sachsen-Anhalt hat jedoch auch große Mängel. Das Beispiel des Hafens in Halle (Saale), der auf der „Roten Liste“ des World Wildlife Fund (WWF) geführt wird, zeigt, dass man die Mittelvergabe hinterfragen muss. Der europäische Mehrwert des Hafens Halle ist bis heute nicht ersichtlich. In Zeiten knapper Mittel geht es um eine intelligente Mittelverwendung und nicht um Prestigeprojekte!

Die Investitionsbank von Sachsen-Anhalt als Mittelverwalterin muss stärker der demokratischen Kontrolle unterstellt werden. Die Mitglieder des Begleitausschusses in Sachsen-Anhalt brauchen mehr Handlungsbefugnisse und professionelle Evaluationsmechanismen.

Wir wollen erreichen, dass die Begleitausschüsse rechtzeitig Zugang zu allen entscheidungsrelevanten Informationen erhalten und dass sie in ihrer Selbstorganisation und Entscheidungsfindung gestärkt werden. Dabei bedarf es auch der Bereitstellung von Mitteln der Technischen Hilfe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Begleitausschüsse Stimmrecht erhalten. Erst dann wird eine Mitwirkung einerseits für die Vertreter der Zivilgesellschaft relevant und wirkungsvoll – und andererseits werden die Ausschüsse auch von den Fondsverwaltern ernst genommen.

### **Mehr Transparenz**

Unser Ziel ist ein barrierefreies und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger, das seine Verantwortung handlungsfähig nach innen und außen wahrnimmt. Für uns müssen beide Prozesse - Vertiefung und Integration - der EU weiter voranschreiten. Die Erweiterungen der EU erhöhten zwangsläufig die strukturellen und institutionellen Herausforderungen.

## 24. Landesparteitag

25. Oktober 2008 in Köthen



Daher braucht die EU, um weiterhin effektiv handeln zu können, einen institutionellen Umbau, der die Zusammenarbeit der EU-Staaten verbessert.

Wir fordern einen transparenten Verfassungsprozess, an dessen Ende ein einheitliches Referendum in der ganzen EU für alle EU-Bürgerinnen und Bürger steht. Dafür ist eine europäische Öffentlichkeit vonnöten, die schrittweise die oft noch stark nationale Sichtweise überwindet und zur Demokratisierung der EU beiträgt.

### **Mehr Information**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Europapartei. Das gescheiterte Referendum in Irland sehen wir nicht als ein Scheitern der Europäischen Union an, sondern vielmehr als Indikator für ein Kommunikations-, Informations- und Vermittlungsproblem. Wenn die EU immer nur als „schwarzer Peter“ missbraucht wird, und die Entscheidungen als solche von „denen da in Brüssel“ abgetan werden, sind diese Entwicklungen nicht verwunderlich.

Politik, Medien und Schulen müssen die Informationstätigkeit über die Europäische Union verstärken und über die Entscheidungsverfahren klarer informieren.

Nur durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments als unsere BürgerInnenvertretung sehen wir den Demokratisierungsprozess der Europäischen Union voranschreiten. Wir brauchen eine Demokratisierung der Europäischen Union!